



MEDIENSPIEGEL VOM 20. BIS 26. MAI 2017

- **Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Volksmobilisierung?**
- **Untersuchung zu zivilen Opfern bei Luftschlägen in Mosul**
- **Kritik an Treffen mit US-Präsident Trump in Riad**
- **Kritik an iranischer Regionalpolitik**
- **Über 40 Todesopfer bei Anschlägen in Bagdad und Basra**
- **Irak unterstützt Öl-Exportbeschränkung der OPEC**

Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Volksmobilisierung?

Irakische Medien griffen in den vergangenen Tagen verschiedene Berichte zu Vorwürfen gegen Angehörige der irakischen Sicherheitskräfte auf, sie hätten am Rande der Kampfhandlungen gegen die Terrormiliz IS im Raum Mosul schwere Menschenrechtsverletzungen begangen. Die Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch berichtete, Einheiten der schiitisch dominierten Volksmobilisierung „Haschd Al-Schaabi“ hätten junge Männer, die sie der Kollaboration mit IS verdächtigten, gefangen gehalten und gefoltert. Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel hatte am Montag berichtet, Angehörige einer Spezialeinheit der irakischen Bundespolizei würden beim Kampf um Mosul schwerste Menschenrechtsverletzungen begehen.

In Reaktion auf diese Berichte erklärte die irakische Regierung Mitte der Woche, die Vorwürfe würden genauestens untersucht werden. Ministerpräsident Haider Al-Abadi und Innenminister Qasim al-Araji betonten gegenüber der Presse, derlei Vorfälle, sollten sie sich bestätigen, dürften keinesfalls geduldet werden.

Untersuchung zu zivilen Opfern bei Luftschlägen in Mosul

Bei einem Luftschlag der Anti-IS-Koalition gegen die Terrormiliz IS im letzten Monat in Mosul waren nach bislang unbestätigten Berichten über 100 Zivilisten ums Leben gekommen. Irakische Medien griffen diese Woche nun eine offizielle Stellungnahme der „Combined Joint Task Force – Operation Inherent Resolve“ hierzu auf: Die Untersuchung habe ergeben, dass das besonders große Ausmaß der Zerstörung, welches letztlich zu dem Tod der Zivilisten geführt hatte, nicht auf den Luftschlag selbst zurückzuführen sei. Vielmehr lasse sich belegen, dass große Mengen Sprengstoff im Gebäude selbst angebracht worden waren. Es sei davon auszugehen, dass IS-Terroristen das Gebäude entsprechend präpariert hätten, bevor IS-Scharfschützen von den oberen Stockwerken aus das Feuer auf irakische Sicherheitskräfte eröffnet hatten.



Kritik an Treffen mit US-Präsident Trump in Riad

Vertreter der schiitischen Miliz Asa'ib Ahl Al-Haq kritisierten das Treffen des US-Präsidenten Donald Trump mit verschiedenen Delegationen aus arabischen Ländern in Riad, es habe zum Ziel, die Volksmobilisierung in Irak und Syrien zu schwächen.

Stimmen aus der schiitischen Rechtsstaatskoalition kritisierten, der Gipfel stehe im eklatanten Widerspruch zum erklärten Ziel der USA, die Einheit Iraks bewahren zu wollen. Weitere Vertreter schiitischer Parteien kritisierten, die irakische Delegation in Riad bestehe vor allem aus Sunniten.

Kritik an iranischer Regionalpolitik

Im Nachgang zu den Präsidentschaftswahlen in Iran hat der irakische schiitische Geistliche und Parteiführer Muktada Al-Sadr das Nachbarland dazu aufgefordert, sich gegenüber anderen Staaten in der Region zu öffnen. Iran solle davon ablassen, sektiererischen Unfrieden zu stiften, da dies die ganze Region in Mitleidenschaft ziehe.

Über 40 Todesopfer bei Anschlägen in Bagdad und Basra

Am vergangenen Wochenende verübten mutmaßliche Anhänger der Terrormiliz IS mehrere Selbstmordanschläge in der Hauptstadt Bagdad sowie am Stadtrand von Basra im Süden Iraks. Nach Behördenangaben wurden durch die Anschläge, bei denen mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge zur Explosion gebracht wurden, fast 40 Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt. Ziel der Anschläge waren in erster Line Kontrollpunkte der irakischen Sicherheitskräfte.

Irak unterstützt Öl-Exportbeschränkung der OPEC

Im Vorlauf zum Treffen der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) in Wien am 25. Mai, hielt sich der saudi-arabische Minister für Erdöl, Energie und Industrie Khalid Al-Falih in Bagdad auf. Nach Gesprächen mit Ministerpräsident Abadi und seinem irakischen Amtskollegen Erdölminister Jabar Ali Al-Luaibi wurde bekannt, dass Irak sich mit Saudi-Arabien darauf geeinigt hat, im Rahmen der OPEC-Mitgliedstaaten für eine Verlängerung der Exportbegrenzung für Erdöl zu stimmen. Die Exportbeschränkung war im Dezember von den OPEC-Mitgliedstaaten sowie elf Nicht-OPEC-Ländern, darunter Russland, beschlossen worden, um die Weltmarktpreise für Erdöl zu stützen.

Hinweis: Die Artikel und deren Auswahl spiegeln in keiner Weise die Meinung der Deutschen Botschaft in Bagdad wider, sondern bieten einen Einblick in die irakische Medienlandschaft und weisen auf dort aktuell behandelte Themen hin.
